

Nr. 12/2020 (Redaktionsschluss Ende November 2020)

## Aktuelle Steuer-Nachrichten

### 1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung:

#### a) Gesetzesbeschluss zum Jahressteuergesetz 2020 verschoben

Das Jahressteuergesetz 2020 sollte ursprünglich am 06.11.2020 in 2./3. Lesung vom Bundestag beschlossen werden. Allerdings konnten sich die Koalitionspartner zuvor nicht auf alle Punkte verständigen. Daher wurde das Gesetz kurzfristig von der Tagesordnung genommen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die CDU/CSU-Fraktion, im Rahmen des JStG 2020 auch steuerpolitische Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie umzusetzen. Dies betrifft zum einen Regelungsbedarf zu den erbschaftsteuerlichen Lohnsummenregelungen, da infolge der pandemiebedingten Kurzarbeit die zur Beibehaltung der Verschonung notwendigen Lohnsummen gefährdet sein kann. Zum anderen scheint die Unionsfraktion Verbesserungen beim Verlustrücktrag und bei der sog. Thesaurierungsbegünstigung nach § 34a EStG zu fordern.

Nach derzeitigen Planungen ist vorgesehen, dass der Bundestag das Gesetz in 2./3. Lesung am 20.11.2020 beschließen wird. Die Bundesratszustimmung könnte dann noch - wie ursprünglich geplant - am 27.11.2020 erfolgen. (DStR 2020, Heft 46, S. VI)

#### b) Verordnung zur Verlängerung der Rückwirkungsfrist auf zwölf Monate nach § 27 Abs. 15 UmwStG auch für 2021

Durch § 1 der GesRGenRCOVMMV vom 20.10.2020 (BGBl. I 2020, 2258) werden die Sondermaßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie bis zum 31.12.2021 verlängert. Dazu gehört auch die Verlängerung der Frist des § 17 Abs. 2 S. 4 UmwStG auf zwölf Monate (§ 4 GesRGenRCOVMMV) anstelle der gesetzlich vorgesehenen Frist von acht Monaten. Die Verlängerung dieser Frist wirkt aufgrund der Bezugnahme in § 2 UmwStG zwar grundsätzlich auch für Zwecke des UmwStG. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 9 S. 3 und § 20 Abs. 6 S. 1 und 3 UmwStG, da diese Regelungen eigene Acht-Monatsfristen vorsehen. Um auch insoweit einen Gleichlauf sicherzustellen, ermächtigt § 27 Abs. 15 S. 2 UmwStG das BMF, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Geltung des § 27 Abs. 15 S. 1 UmwStG (vorübergehende Verlängerung der Acht-

Monatsfrist in § 9 S. 3 UmwStG und § 20 Abs. 6 S. 1 und 3 UmwStG ebenfalls auf zwölf Monate) um ein weiteres Jahr zu verlängern. Hierfür hat das BMF nunmehr eine entsprechende Verordnung erlassen und dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet. (BMF, Verordnung vom 05.11.2020; BR-Drs. 677/20, <http://dipbt.bundestag.de/DIP/Dokumente>)

### 2. Allgemeine Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2021

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 11.01./14.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.02./15.02.; GewSt, GrundSt: 15.02./18.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- u. Scheckzahler.

### 3. Einkommensteuer: „Zwischenvermietung“ für die Anwendung der Ausnahmvorschrift des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 2. Alternative EStG unschädlich

Wird eine Wohnimmobilie im Jahr der Veräußerung kurzzeitig vermietet, ist dies für die Anwendung der Ausnahmvorschrift des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 2. Alternative EStG unschädlich, wenn der Steuerpflichtige das Immobilienobjekt - zusammenhängend - im Veräußerungsjahr zumindest an einem Tag, im Vorjahr durchgehend sowie im zweiten Jahr vor der Veräußerung zumindest einen Tag lang zu eigenen Wohnzwecken genutzt hat. (BFH, 03.09.2019, IX R 10/19; BStBl II 2020, S. 310)

### 4. Finanzgerichtsordnung: Bindungswirkung eines rechtskräftigen Urteils zur Schenkungsteuer

Hat das FG in einem rechtskräftigen Urteil einen Schenkungsteuerbescheid mit der Begründung aufgehoben, der vom Finanzamt besteuerte Erwerb sei weder für den im Bescheid genannten Zeitpunkt noch für einen späteren Zeitpunkt feststellbar, steht die Rechtskraft des Urteils einer erneuten Besteuerung dieses Erwerbs entgegen.

Eine nach dem FG-Urteil von den Beteiligten des Erwerbsvorgangs erstellte schriftliche Bestätigung des Erwerbs für den im aufgehobenen Bescheid genannten Zeitpunkt rechtfertigt nicht den Erlass eines neuen Steuerbescheids. (Urt., BFH 19.02.2020 II R 32/17; SIS Steuerrechtsdatenbank)

---

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Mazars GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Domstraße 15, 20095 Hamburg

**Druckerei:**  
DATEV eG  
Digital & Print Solution Center, Abteilung T371, 90329 Nürnberg

#### Verantwortliche Redaktion:

RA/StB Gerhard Schmitt  
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin  
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: [gerhard.schmitt@mazars.de](mailto:gerhard.schmitt@mazars.de)

StB Andreas Lichel  
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin  
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: [andreas.lichel@mazars.de](mailto:andreas.lichel@mazars.de)

## Stichwortverzeichnis 2020

Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

### Abgabenordnung

- Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) 1/3
- Notwendigkeit der wörtlichen Übernahme der Mustersatzung in Anlage 1 zu § 60 AO 2/3
- Zum Erlass von Säumniszuschlägen zur Umsatzsteuer 3/3
- Keine Berichtigung (§ 129 AO) der trotz „Sechs-Augen-Prinzips“ des FA fehlerhaften Festsetzung eines ordnungsgemäß erklärten Veräußerungsgewinns i.S.d. § 17 EStG 3/4
- Erlass von Nachzahlungszinsen 4/3
- (Fehlende) Gemeinnützigkeit einer Kindertagesstätte bei fest abgegrenztem Personenkreis und marktüblichem Entgelt 4/4
- Nichtigkeit von Umsatzsteuerbescheiden 4/5
- Anwalt muss Faxgerät an Autobahnraststätte vor Nutzung prüfen 6/3
- Offenbare Unrichtigkeit nach § 129 AO im Rahmen der Bearbeitung einer elektronischen Steuererklärung und eines mechanischen Versehens 7/3
- Keine fristwahrende Einreichung der Steuererklärung beim örtlich unzuständigen FA 8/3
- Behauptung des Nichterhalts von Steuerbescheiden durch den Prozessbevollmächtigten 9/3
- Kein teilweiser Erlass von Nachzahlungszinsen wegen Verzögerungen der Außenprüfung - Höhe des Zinssatzes kein sachlicher Billigkeitsgrund 9/4
- Schätzung von Einkünften aus Kapitalvermögen 9/5
- Berichtigung eines Bescheides nach § 129 S. 1 AO bei fehlender Berücksichtigung eines nach § 43a Abs. 3 S. 4 EStG bescheinigten Verlustes 10/3
- Fehlende Gemeinnützigkeit bei unverhältnismäßig hohen Geschäftsführervergütungen 10/4
- Keine coronabedingte Aufhebung von bereits vor dem 19.03.2020 erfolgten Vollstreckungsmaßnahmen 10/5
- Berichtigung wegen ähnlicher offenkundiger Unrichtigkeit, Beweiserhebung, Würdigung, hypothetischer Abläufe, Feststellungslast 11/3

### Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht verabschiedet 1/1a
- Jahressteuergesetz 2019, Forschungszulage und Rückführung des Solidaritätszuschlags verabschiedet 1/1b
- Nichtbeanstandungsregelung bei Verwendung elektronischer Aufzeichnungssysteme i.S.d. § 146a AO ohne zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung nach dem 31.12.2019 1/1c
- Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen und steuerliches Begleitgesetz zum Klimaschutzpaket 2030 in Kraft getreten 2/1
- Brexit - Ratifizierung des Austrittsgesetzes im Vereinigten Königreich und Unterzeichnung des Austrittsabkommens in der EU 3/1
- Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19/SARS-CoV-2) 4/1a
- Gewerbesteuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus 4/1b
- Antrag auf Erstattung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlungen 4/1c
- Referentenentwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen 4/1d

- Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für von der Corona-Krise Betroffene 5/1
- Bundesregierung beschließt Entwurf des Corona-Steuerhilfegesetzes 6/1a
- Mehr Flexibilität beim Elterngeld aus Anlass der COVID-19-Pandemie 6/1b
- Gesetzentwurf zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht vom Bundeskabinett beschlossen 6/1c
- Bundesrat stimmt (erstem) Corona-Steuerhilfegesetz zu 7/1a
- Koalition beschließt zweites Corona-Steuerhilfegesetz 7/1b
- Erhöhung der Bemessungsgrundlagenhöchstgrenze der Forschungszulage zum 01.07.2020 8/1a
- Referentenentwurf eines Zweiten Familienentlastungsgesetzes 8/1b
- Informationen zur umsatzsteuerlichen Behandlung gewählter Corona-Soforthilfen 9/1
- Entwurf Jahressteuergesetz beschlossen: Steuerliche Verbesserungen für Investitionen, Kurzarbeit und günstigen Wohnraum 10/1
- Stellungnahme des Bundesrats zum Jahressteuergesetz 2020 11/1
- Gesetzesbeschluss zum Jahressteuergesetz 2020 verschoben 12/1a
- Verordnung zur Verlängerung der Rückwirkungsfrist auf zwölf Monate nach § 27 Abs. 15 UmwStG auch für 2021 12/1b

### Betriebswirtschaft

- Neues KfW-Schnellkreditprogramm der Bundesregierung für den Mittelstand 6/4

### Einkommensteuer

- Einkunftserzielungsabsicht bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung 1/4
- Privates Veräußerungsgeschäft: Unentgeltlicher Erwerb bei Übertragung ohne Übernahme der Darlehen des Rechtsvorgängers 2/4
- Einziehung einer Forderung stellt keine Veräußerung dar 2/5
- Auseinandersetzung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft als außergewöhnliche Belastung 2/6
- Auflösung einer positiven Ergänzungsrechnung anlässlich der Veräußerung eines Teilmitunternehmeranteils 2/7
- Keine Berücksichtigung von nicht verbrauchten Erhaltungsaufwendungen i.S.v. § 82b EStDV beim Erben 3/5
- Mindestnutzung zu eigenen Wohnzwecken für die Anwendung des § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 3 Alt. 2 EStG 3/6
- Steuerfreiheit für Beihilfen und Unterstützungen anlässlich der Corona-Krise 6/5
- Steuerliche Behandlung von Kryptowährungen 7/4
- Wärmeenergie als zur mit dem Teilwert zu bewertenden Sachentnahme fähiges Wirtschaftsgut 8/4
- Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs im Rahmen der Gewinneinkünfte; Private Stromkosten für das Aufladen eines betrieblichen Elektrofahrzeugs oder Hybridelektrofahrzeugs als Betriebsausgaben 8/5
- Ertragsteuerliche Behandlung v. Agien und Disagien bei Namensschuldverschreibung 9/6
- Keine doppelte Berücksichtigung von lediglich einmal getragenen Aufwand des Steuerpflichtigen 9/7
- Berechnung der 110 €-Freigrenze bei Betriebsveranstaltungen - Unrichtige Rechtsbehelfsbelehrung bei fehlendem Hinweis auf Einspruchsmöglichkeit per E-Mail 9/8

- Künstliche Befruchtung einer allein-stehenden Frau führt zu außergewöhnlichen Belastungen 9/9
- Ortsübliche Vermietungszeit für eine Ferienwohnung 9/10
- Keine Kürzung des Unterhaltshöchstbetrags bei Unterhaltsleistungen an ein mit dem Lebensgefährten zusammenlebendes Kind 10/6
- Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs im Rahmen der Gewinneinkünfte 11/4
- Einkommensteuerliche Behandlung pauschaler Bonuszahlungen einer gesetzlichen Krankenkasse 11/5
- FG Münster: Vorbehaltene Zins- und Tilgungsleistungen mindern den Wert eines Nießbrauchsrechts 11/6
- „Zwischenvermietung“ für die Anwendung der Ausnahmevorschrift des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 2. Alternative EStG unschädlich 12/3

### Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer

- Einkommensteuerschuld als Nachlassverbindlichkeit 2/8

### Finanzgerichtsordnung

- Bindungswirkung eines rechtskräftigen Urteils zur Schenkungssteuer 12/4

### Gewerbesteuer

- Keine erweiterte Kürzung bei Grundstücks-GmbH & Co. KG wegen gewerblicher Tätigkeit im Rahmen einer Betriebsaufspaltung 8/6
- Inländische Betriebsstätte bei Vermietung und Verpachtung inländischen Grundbesitzes - Managementgesellschaft 8/7

### Grunderwerbsteuer

- Rückgängigmachung von Erwerbsvorgängen 2/9

### Körperschaftsteuer

- Arbeitszeitkonto, vga 2/10
- Auslegung von § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 5 KStG, anzuwendende Prüfungsmaßstäbe bei einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk 8/8

### Umsatzsteuer

- Gesonderte Prüfung möglicher größerer Wettbewerbsverzerrungen bei § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG 1/5
- Zur Umsatzsteuerung eines nach seiner Satzung mildtätigen Vereins 1/6
- Weihnachtsgeschenk für Kleinunternehmer - Anhebung der Umsatzgrenze - 1/7
- Anforderungen zur Leistungsbeschreibung und zum Leistungszeitpunkt für eine zum Vorsteuerabzug berechtigte Rechnung 2/11
- Innergemeinschaftliche Lieferungen 2/12
- Keine Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern; keine Steuerschuld nach § 14c UStG bei Gutscheinen an Nichtunternehmer 3/7
- Zeitpunkt der Steuerentstehung beim Sale-and-lease-back 3/8
- Kein Reverse-Charge ohne Inlandumsatz 7/5
- Befristete Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen zum 01.07.2020 8/9
- Keine Versagung des Vorsteuerabzugs bei fehlendem Nachweis eines Steuerbetrugs; kein Vertrauensschutz bei sorgfaltswidriger Nichtabfrage der USt-IdNr. 9/11